

auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ein.

Das internationale Monopolkapital konzentriert gegenwärtig seine Kräfte gegen den Sozialismus und gegen die nationale Befreiungsbewegung. Es verstärkt in zahlreichen Ländern die staatsmonopolistischen Diktaturbestrebungen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, zum Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten. Der Imperialismus versucht, mit politischem und ökonomischem Druck, mit der Anstiftung und Unterstützung konterrevolutionärer Verschwörungen das Streben der vom Kolonialjoch befreiten Länder nach Sicherung ihrer politischen Unabhängigkeit und nach ökonomischer Selbständigkeit zu unterbinden. Deshalb betrachten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei die Festigung der Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte als eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.

Angesichts der zunehmenden Aggressivität der imperialistischen Kräfte sind entsprechende Maßnahmen notwendig, um die ökonomische Entwicklung der sozialistischen Länder durch zielstrebige, rationelle enge Kooperation zu beschleunigen, der Festigung der ideologischen Einheit ihrer Reihen größte Aufmerksamkeit zu widmen und ihre Verteidigungskraft stets auf der erforderlichen Höhe zu halten. Beide Seiten erklären, daß sie alle Versuche des Imperialismus, in ihre Länder einzudringen, auch weiterhin mit aller Entschiedenheit zurückweisen werden. Sie sind der Auffassung, daß ein systematischer Kampf gegen alle Formen des Antikommunismus und den Einfluß der bürgerlichen Ideologie notwendig ist.

Beide Delegationen betonen die objektive Notwendigkeit, die Rolle des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Wirksamkeit seiner Tätigkeit zu erhöhen.

Sie bekräftigen ihre Überzeugung, daß eine höhere Stufe in der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der interessierten Bruderländer auf der Grundlage der Freiwilligkeit erforderlich ist, um die wissenschaftlich-technische Revolution erfolgreich zu meistern und im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus voranzukommen.

Beide Seiten werden jeden notwendigen Beitrag leisten, um die Organisation des Warschauer Vertrages als wichtigen Faktor zur Sicherung des Friedens in Europa weiter zu stärken.

Beide Parteien gehen davon aus, daß das, was die Bruderparteien auf